

Antrag Nr.



Fraktion im Rat der Stadt Essen

An
die Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen
und Beteiligungen, Frau Barbara Rörig

Kopstadtplatz 13,
45127 Essen
Telefon (02 01) 24 76 41 3
Fax (02 01) 24 76 41 9
E-Mail info@gruene-fraktion-essen.de

26.06.2018

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	10.07.2018	Beratung

TOP: Altschuldenhilfe

Sehr geehrte Frau Rörig,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Altschuldenhilfe" auf die Tagesordnung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligung am 10. Juli 2018.

Oberbürgermeister Thomas Kufen und Kämmerer Gerhard Grabenkamp werden gebeten, im Ausschuss für Finanzen und Beteiligung am 10. Juli 2018 über ihre Gespräche mit der Landesregierung zur Umsetzung des Koalitionsvertrages von CDU und FDP NRW im Hinblick auf eine Lösung der Altschulden-Problematik zu berichten.

Begründung:

In der Ratssitzung am 13. Juni 2018 hatte die Ratsfraktion der Grünen den Tagesordnungspunkt „Landesregierung sollte Altschuldenfrage mit einem nachhaltigen und fairen Konzept angehen“ als Resolution angemeldet. Ziel der Resolution sollte sein, die Landesregierung aufzufordern, zeitnah einen konkreten Gesetzesvorschlag zur Tilgung von kommunalen Altschulden vorzulegen.

Schließlich haben CDU und FDP NRW in ihrem Koalitionsvertrag vom Juni 2017 folgendes vereinbart: „Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen ist angesichts ihrer massiven Verschuldung von mehr als 50 Milliarden Euro enorm gefährdet. Diese „Altschulden-Problematik“ bedarf daher insbesondere vor dem Hintergrund des Zinsänderungsrisikos einer Lösung. Bisher hat das Programm „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ weder die Verschuldungssituation der Kommunen berücksichtigt noch einen Lösungsansatz für die kommunale Altschuldenproblematik geboten. Daher werden wir den bestehenden Stärkungspakt in Bezug auf eine Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik zu einer verlässlichen und nachhaltig wirkenden „Kommunalen Kredithilfe“ weiterentwickeln, ohne dass es zu einer Vergemeinschaftung kommunaler Schulden kommt.“

Gemäß Beschluss des Ältestenrates sollte eine Resolution möglichst von mehreren Fraktionen getragen werden, so dass eine Mehrheit im Rat gesichert ist. Von Seiten der CDU-Ratsfraktion kam jedoch der Einwand, dass eine Resolution aktuell nicht erforderlich sei, da Oberbürgermeister Thomas Kufen und Kämmerer Gerhard Grabenkamp in guten Gesprächen mit der Landesregierung zur Umsetzung dieser Aussage des Koalitionsvertrages seien.

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Schmutzler-Jäger